



Die Vorsitzende des Ausschusses für
Bürgerbeteiligung und Netzpolitik der
Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schlossplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3738
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiterin: Astrid Koba

Wiesbaden, 02.11.2017

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Bürgerbeteiligung und Netzpolitik
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Frau Stadtverordnetenvorsteherin

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Bürgerbeteiligung und Netzpolitik
am Dienstag, 7. November 2017, um 17:00 Uhr,
Rathaus, Raum 318 (3. Stock), Schlossplatz 6, Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

Tagesordnung

1. Genehmigung der Niederschrift vom 05.09.2017

NEUE ANTRÄGE

2. 17-F-21-0088

Freies WLAN an öffentlichen Plätzen
- gem. Antrag von SPD, CDU und Bündnis90/Die Grünen vom 12.09.2017 -

In ihrer Sitzung vom 16.02.2017 hat die Stadtverordnetenversammlung mit Beschluss der Sitzungsvorlage (SV) 16-V-20-0068 „Kostenfreies WLAN an öffentlichen Plätzen in Wiesbaden“ (StvV-Beschluss Nr. 0006) ihren Wunsch bekräftigt, den Bürgerinnen und Bürgern sowie Besuchern der

Landeshauptstadt Wiesbaden, kostenfreies WLAN zur Verfügung zu stellen bzw. das bestehende Angebot auszuweiten. Der Magistrat hat in Aussicht gestellt, eine Machbarkeitsstudie und Kostenkalkulation zu erstellen und diese den Gremien zum Beschluss vorzulegen.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. an den nachfolgenden Standorten kostenlos zu nutzende WLAN-Zugänge zur Verfügung zu stellen:

- a) Kranzplatz
- b) Mauritiusplatz, Fußgängerzone entlang der Langgasse
- c) Platz der Deutschen Einheit
- d) Bowling Green
- e) Warmer Damm
- f) Kurhaus & Kurpark
- g) Platz zwischen Museum Wiesbaden und RheinMain CongressCenter
- h) Reisinger Anlagen
- i) Wiesbaden Hauptbahnhof
- j) Kulturzentrum Schlachthof

2. dem Ausschuss für Bürgerbeteiligung und Netzpolitik in seiner kommenden Sitzung die zugesagte Machbarkeitsstudie und Kostenkalkulation vorzulegen (Beschlusspunkt 2.1 der SV 16-V-20-0068).

3. zu berichten, welche Wünsche von Seiten der Ortsbeiräte oder anderen Dritten in Folge der Weiterleitung der SV artikuliert wurden (Beschlusspunkt 2.4 der SV 16-V-20-0068).

4. zu prüfen, ob an den unter Beschlusspunkt 1 genannten Standorten ein Zugang auch mit Hilfe einer Eduroam Benutzererkennung (www.eduroam.org) möglich ist.

3. 17-F-33-0008

Wiesbadener Sehenswürdigkeiten digital erfahren
- gem. Antrag von SPD und CDU vom 05.10.2017 -

Das digitale Zeitalter findet auch im Touristikbereich seinen Niederschlag. Tagestouristen z.B. zeichnen sich dadurch aus, dass sie oftmals nicht die gängigen Möglichkeiten nutzen, um sich im Vorfeld über ihre Zielstadt zu informieren. Weder nutzen sie einen klassischen Stadtplan noch suchen sie das Touristikbüro auf. Häufig ist es der schnelle Blick auf das Smartphone, um etwas über eine Sehenswürdigkeit zu erfahren.

In den vergangenen Jahren hat sich der QR-Code als gängige Methode etabliert, um unkompliziert an Informationen zu gelangen, an die man andernfalls nur über Umwege oder mit einem langwierigen Vorlauf gekommen wäre.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

- a) darzulegen, mit welchem finanziellen Bedarf zu rechnen ist, wenn neben Wiesbadener Sehenswürdigkeiten Schilder mit QR-Codes angebracht werden. Einen Anhaltspunkt über die in Frage kommenden Sehenswürdigkeiten kann dem nachfolgenden Link entnommen werden:

<http://www.wiesbaden.de/tourismus/sehenswertes/index.php>

- b) in die Prüfung mit einzubeziehen, dass die QR-Codes auf Audio- und Videoelemente innerhalb der App „Wiesbaden +“ verweisen. Der Informationsgehalt soll mit dem einer Touristenführung vergleichbar und in den Sprachen Deutsch, Englisch und Französisch verfügbar sein.
- c) zu prüfen, ob eine Kooperation mit den Wiesbadenern Touristenführern möglich ist.

4. 17-F-33-0009

Zentrales Bürgerportal
- gem. Antrag von SPD und CDU vom 10.10.2017 -

Jüngst hat das Bundeskabinett einen bedeutenden Schritt bei der weiteren Entwicklung des E-Government in Deutschland gemacht. In den kommenden fünf Jahren sollen die Verwaltungsportale aller Behörden in Bund, Ländern und Kommunen zu einem Portalverbund verknüpft werden, wodurch den Bürgerinnen und Bürgern ermöglicht werden soll, sich im Portal über individuelle Nutzerkonten anzumelden und mit dem für die jeweilige Verwaltungsdienstleistung notwendigen Sicherheitsniveau zu authentifizieren.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

1. ob es bereits erste Abstimmungsprozesse zwischen der Landeshauptstadt Wiesbaden (LHW), den Ländern und dem Bund gegeben hat. Was haben diese Gespräche für Ergebnisse erzielt?
2. und zu prüfen, ob die LHW als „Test-Kommune“ eine Vorreiterrolle einnehmen kann, um so Insellösungen, die in spätestens fünf Jahren wegen des zentralen Bürgerportals ohnehin obsolet wären und daher unnötig Kosten verursachen würden, zu vermeiden.

5. 17-F-08-0059

Sicherheitslücke bei WLAN
- Antrag der Fraktion L&P vom 01.11.2017 -

In der Fachpresse wird vor einer "Krack" genannten, flächendeckenden Lücke in der WPA2-Verschlüsselung von drahtlosen Netzwerken gewarnt. Das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) rät dazu, WLAN-Netzwerke bis zur Verfügbarkeit von Sicherheits-Updates nicht für Online Banking und Online Shopping oder zur Übertragung anderer sensibler Daten zu nutzen. Unternehmen sollten ihre Mitarbeiter sensibilisieren und geeignete Maßnahmen zur Absicherung ihrer Firmennetzwerke ergreifen.

https://www.bsi.bund.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/Presse2017/WPA2Verschuesselung_16102017.html

Der Ausschuss für Bürgerbeteiligung und Netzpolitik möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

1. inwieweit die LHW hiervon betroffen ist,
2. welche Maßnahmen ergriffen wurden bzw. werden, um die IT-Sicherheit wieder herzustellen,
3. welche Konsequenzen sich für die öffentlichen WLAN-Angebote der LHW ergeben,
4. wie der Sachstand bezüglich einer/s IT-Sicherheitsbeauftragten ist.

6. 17-J-00-0006

Freies WLAN in Wiesbaden
- Antrag des Jugendparlaments vom 27.06.2017 -

Der Ausschuss für Bürgerbeteiligung und Netzpolitik wolle beschließen:

Im "Historischen Fünfeck" der Landeshauptstadt, auf dem Gelände des Hauptbahnhofes sowie auf dem Abschnitt zwischen dem "Historischen Fünfeck" und dem Hauptbahnhof wird ein öffentliches und kostenloses WLAN gefordert.

ANTRÄGE MIT VORLAUF

7. 17-F-10-0021

Angebot zur automatischen Benachrichtigung vor Ablauf der Gültigkeit des Personalausweises und Reisepasses auf freiwilliger Basis
- Antrag der AfD vom 30.08.2017 -

ANLAGE

8. 17-F-05-0010

DL 40/17-1

Den Wissensschatz der Bürgerinnen und Bürger heben - E-Partizipation ermöglichen
- Antrag der FDP-Fraktion 22.03.2017 -

9. 16-F-03-0124

DL 31/17-1

Anreize für umwelt- und stadtverträgliche Mobilität für Neubürgerinnen und Neubürger
- Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen vom 07.12.2016 -

10. 16-A-56-0002

Berichterstattung Stabsstelle Bürgerbeteiligung

NEUE SITZUNGSVORLAGEN

11. 17-V-20-0029

DL 37/17-1

Investitionscontrolling 2. Quartal 2017

12. 17-V-30-0010

DL 31/17-4

Vorschlag für die Wahl eines Ortsgerichtsschöffen für den Ortsbezirk Wiesbaden VII (Wiesbaden-Sonnenberg/Rambach)

13. Verschiedenes

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Beyes
Vorsitzende